

dah der betreffende Beamte sich des genauen Wortlauts der mit dem Ministerpräsidenten geführten Unterredung nicht mehr erinnern kann. (Abzugabe bei der preußischen Vertretung). Unter diesen Umständen will ich die Behauptung nicht weiter aufrecht erhalten.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung führte Ministerialdirektor Dr. Brecht aus, eine Landesregierung könne nur bestehend gehoben, nicht aber entfernt werden. Nur so weit könne die Gewalt gehen, daß eine Erlassnahme für die Landesregierung erfolge, aber nicht eine neue Landesregierung selbst bestimmt werde. Es seien nur Maßnahmen gestattet, welche das Land zur Pflichterfüllung anhalten. Das gäbe für den Reichspräsidenten selbst wie auch für den mit der Durchführung der Maßnahme Beauftragten. Insbesondere könne er unter keinen Umständen Beamtenennnungen und -entlassungen vornehmen.

Für Bayern führte sodann Staatsrat von Jahr aus, ein Reichsgefolge, der aussiehe, um die Verfassung zu schützen, müsse lebensrettend auch die Verfassung beachten und die Reichsverfassung beobachten. Daraus folge, daß die Länder beanspruchen können, mit allen begrifflich wesentlichen Merkmalen weiterhin erhalten zu bleiben, daß sie Subjekte des Staatslebens seien und nicht zu Objekten gemacht werden. Vor allem dürfe die Landesregierung nicht abgelöst werden. Weiter darf die Mitwirkung im Reichsrat nicht behindert werden. Der Artikel 48 Abs. 1 enthalte keine Ausnahme.

Hierauf äußerte sich für die Reichsdelegation Professor Jacobi-Lipzig über die Befugnisse des Reichspräsidenten auf Grund von Artikel 48 Abs. 1. Einleitend bemerkte er, daß nach seiner persönlichen Meinung das Reich keine Verantwaltung habe, sich gegen den bayerischen Antrag zu erklären, wonach Reichsstellen niemals befugt sein könnten, Beamtenennnungen in Ländern zu vollziehen. In der Tat handele es sich ja auch in den konkreten preußischen Fällen nicht um eine Reichsstelle, die Beamtenennnungen vollzogen habe. Der Reichskommissar sei vielmehr eine Landesbehörde.

Professor Jacobi erläuterte dann den Artikel 48 Abs. 1 dahin, daß zur Erzwingung einer Dauerverpflichtung eines Landes die Einführung eines Kommissars diene, dem die Regierung eines Landes so übertragen werden könnte, daß das Land vorübergehend wie eine Reichsprovinz verwaltet werde. Es sei aber auch ebenso möglich, einen Kommissar als Erhöhung an Stelle der Landesregierung zu sehen, sodass der Kommissar im Namen des Landes handele.

Herriot in London eingetroffen

London, 13. Oktober. Der französische Ministerpräsident Herriot ist gestern kurz nach 23 Uhr in London eingetroffen, wo er am Bahnhof vom Ministerpräsidenten MacDonald, dem Staatssekretär des Außenamtes Sir John Simon und dem französischen Botschafter empfangen wurde. Herriot hat in der französischen Botschaft Wohnung genommen. Er wird heute vormittag 10½ Uhr MacDonald und Sir John Simon in Downingstreet einen Besuch abstimmen.

England für gleiches Recht für alle

Eine Rede Sir John Simons

London, 12. Oktober. Die Teilnehmer am Kongreß des Internationalen Journalistenverbandes wurden nach der Eröffnungssitzung von Sir John Simon im Foreign Office empfangen. Sir John Simon hielt eine Ansprache, in der er u. a. zum Übereinstimmungsproblem Stellung nahm. Er erklärte, England trete nicht als Freund eines einzelnen Staates auf. Die moderne Außenpolitik bestehne in einem fahrenden Zusammensetzen der Nationen. England bemühe sich ehrlich, allen Staaten gegenüber eine offene Politik zu betreiben. Es sei dabei von dem tiefen und aufrichtigen Wunsch bestellt, die Ablösung als eins der besten Mittel, den internationalen Frieden zu festigen, aktiv zu fördern und habe die feste Absicht, allen Nationen das gleiche Recht zu sichern.

Japan dementiert Bündnisangebot an Frankreich

Tokio, 12. Okt. Das Außenministerium dementiert entschieden das Gerücht, daß Japan wegen eines Bündnisses an Frankreich herangetreten sei.

Keine Wintersportarten der Reichsbahn

In einigen Zeitungen wird behauptet, die Reichsbahn-hauptverwaltung werde im kommenden Winter Wintersportfahrkarten ausgeben. Wie wir aus Kreisen der Reichsbahn-hauptverwaltung erfahren, ist dort von solchen Plänen nichts bekannt.

Spinales Kinderlähmung in Stadt und Kreis Göttingen

Göttingen, 13. Oktober. Im Landkreis Göttingen erkrankten neuerdings drei Kinder, die Mutter eines der Kinder und ein 27 Jahre alter Landwirt an spinaler Kinderlähmung. Der Landwirt ist der Krankheit erlegen. — In Göttingen selbst sind drei Krankheitsfälle zu verzeichnen. Bereits im vergangenen Monat wurden wegen Erkrankung an spinaler Kinderlähmung von auswärts zehn Kinder in die Kinderklinik und zwei Erwachsene in die medizinische Klinik eingeliefert. Während bei diesen Erkrankungen kein Todesfall zu verzeichnen ist, sind zwei in die Nervenklinik eingelieferte Erwachsene der Krankheit zum Opfer gefallen.

Die Führer der Trotki-Richtung aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen

Links: Sinowjew, der einstige Vorsitzende des Volksauschusses der Kommunistisch. Internationale.

Rechts: Ramanew, der Schwager Trotkis und frühere russische Botschafter in Rom.

Der Zentral-Kontrollausschuss der Kommunistischen Partei in Rußland hat jetzt 20 Anhänger des sogenannten „Sowjet-Bloks“, darunter Sinowjew und Ramanew aus der Partei ausgeschlossen. Der „Sowjet-Blok“ soll den Standpunkt Trotkis verfochten und sich damit „kontarrevolutionär“ betätigt haben. (Nach russischen Karikaturen).



Erstes Originalbild vom Münchener Staatsbesuch des Reichskanzlers



Ranvier von Papen begibt sich mit einem großen Krantz zum Münchener Ehrenmal. Neben dem Reichskanzler Bayerns Innenminister Dr. Stürgel (halb verbreitet), Dahlauer der Staatssekretär der Reichskanzler Dr. Pland. Ganz rechts Reichspräsidenten Ministerialdirektor Mards.

Blutige Unruhen in England

Bewaffnete Arbeitslose gegen Polizisten. — Schlägereien in den Straßen

London, 12. Oktober. In Belfast kam es in der Nacht zum Mittwoch trotz umfassender Vorsichtsmaßnahmen der Polizei zu schwersten Arbeitslosenunruhen. Bei den Zusammenstößen zwischen der Polizei und Arbeitslosen wurde ein Mann durch eine Kugel getötet und über 50 teilweise schwer verwundet. 36 Arbeitslose, darunter ein kommunistischer Rädelsführer, wurden verhaftet.

2000 Polizisten standen 15 000 teilweise mit Schußwaffen ausgerüsteten Arbeitslosen gegenüber. Diese griffen die Polizei überall rücksichtslos mit Steinen, Flaschen und anderen Wurfsachen an, schworen noch Einbruch der Dunkelheit sofort aus den Fenstern, errichteten Barrikaden auf den Straßen, plünderten viele Geschäfte, hielten den Verkehr auf und legten Großfeuer an.

Die Polizei durchlauft die Straßen dauernd mit Panzer- und Maschinengewehrwagen. Teilweise führte die Polizei auf Wagen ältere Käfige mit sich, in die die Verhafteten eingesperrt wurden. Um 23 Uhr trat die Verordnung in Kraft, wonach kein Einwohner mehr ohne besondere Erlaubnis seine Wohnung verlassen durfte.

Es folgten die Arbeitslosenunruhen in Belfast, denen sie sich zusammengesetzt, errichteten Barrikaden und griffen die Polizisten mit Steinen an. Verschiedentlich wurden aus dem Hinterhalt Schüsse abgefeuert, wodurch meist unbeteiligte Personen verletzt wurden. Insgesamt nahm die Polizei etwa 80 Verhaftungen vor.

Heute nachmittag fanden zwei Vermittlungskonferenzen zwischen den Vertretern der Arbeitslosen und dem Innenminister sowie dem Oberbürgermeister von Belfast statt. Die Arbeitslosen fordern die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf die in England befindenden Säcke. Von den 415 000 Einwohnern Belfast sind etwa 100 000 arbeitslos.

denen sie sich verschlagnen. Schließlich mußte der ganze Straßenbahn und Autobusverkehr eingestellt werden.

Nach Einbruch der Dunkelheit zogen mehrere Polizeikolonnen mit aufgespanntem Bajonet im Scheinwerferlicht durch die Straßen und traten die Angriffslinien auseinander. Sie wurden aus mehreren Häusern beschossen, wobei einige Polizisten verwundet wurden.

Zur Löschung der von den Arbeitslosen angelegten Brände mußte die gesamte Feuerwehr aufgedreten werden. Erst in den Morgenstunden des Mittwochs konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

London, 12. Oktober. Die Arbeitslosenunruhen in Belfast nahmen heute ihren Fortgang. Neben 3000 Schuhleuten wurden sieben Lastwagen mit Infanterie in die Stadt gelegt, die mit Maschinengewehren ausgerüstet sind. Die Polizei war mehrere Male gezwungen, ihre Waffen in die Luft abzufeuern oder mit dem Gummiknüppel vorzugehen. Die Arbeitslosen rotierten sich zu Hunderten zusammen, errichteten Barrikaden und griffen die Polizisten mit Steinen an. Verschiedentlich wurden aus dem Hinterhalt Schüsse abgefeuert, wodurch meist unbeteiligte Personen verletzt wurden. Insgesamt nahm die Polizei etwa 80 Verhaftungen vor.

Heute nachmittag fanden zwei Vermittlungskonferenzen zwischen den Vertretern der Arbeitslosen und dem Innenminister sowie dem Oberbürgermeister von Belfast statt. Die Arbeitslosen fordern die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf die in England befindenden Säcke. Von den 415 000 Einwohnern Belfast sind etwa 100 000 arbeitslos.

Schreßendat mandchurischer Banditen

Charbin, 12. Oktober. Vier Räuber versuchten heute, die drei Kinder einer Frau Woodruff, einer Engländerin, zu entführen. Die Mutter, die sich den Räubern entgegenstellte, wurde von ihnen ermordet. Zwei Russen, die die Entführer verfolgten, wurden von ihnen angegriffen und schwer verletzt. Zwei der Räuber wurden von hiesigen Polizeibeamten getötet. Die Kinder konnten unverletzt zurückgebracht werden.

Amtliche Anzeigen.

Aue. Reichstagswahl betreffend.

Die Stimmkarteien für die am 6. November 1932 stattfindende Reichstagswahl liegen vom 16. bis 23. Oktober 1932 bei uns im Einwohnermeldeamt, Stadthaus, Erdgeschoss rechts, für die Wähler in den Stadtteilen Alberoda und Auerhammer aber bei den dortigen Verwaltungsstellen während der üblichen Geschäftsstunden zu jedermann's Einsichtnahme öffentlich aus. In den beiden Sonntagen, den 16. und 23. Oktober, können die Karteien an allen drei Stellen in der Zeit von 10 bis 12 Uhr mittags eingesehen werden.

Wer die Stimmkartei für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablaufe der Auslegungsfrist an den genannten Stellen schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizuge-

bringen. Wahlberechtigte, die nicht in der Stimmkartei eingetragen sind oder keinen Stimmchein benötigen, können von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen. Es ist daher Pflicht eines jeden Wählers, Einsicht in die Stimmkartei zu nehmen.

Stimmcheine für die Reichstagswahl können bis Freitag, den 4. November 1932, während der üblichen Geschäftsstunde (am 4. November auch nachmittags bis 5½ Uhr) im Einwohnermeldeamt, Stadthaus, Erdgeschoss, für die Stadtteile Alberoda und Auerhammer aber in den Verwaltungsstellen, beantragt und entnommen werden.

Die Vorschriften über Stimmcheine (§§ 9 ff. der Reichsstimmordnung) können bei diesen Stellen eingesehen werden.

Aue (Sachsen), 13. Oktober 1932.

Der Rat der Stadt. Wahlamt.

Blinklicht am Haltepunkt Schneeberg

Gemäß § 79 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 17. Juli 1928 müssen Fahrzeuge, einschließlich Kraftfahrzeuge, und Tiere an den Warnzeichen vor Eisenbahnübergängen angehalten werden, wenn sich ein Zug nähert.

Um 20. Oktober 1932 werden beiderseits des Ueberganges der Staatsstraße Annaberg-Schneeberg über die Reichsbahnlinie Schneeberg-Reußtal-Niederwiesa am Haltepunkt Schneeberg bei km 23,243 und 33,253 der vorliegenden Staatsstraße neuartige Blinklichtsignale an den bereits vorhandenen Warnkreuzen in Betrieb genommen.

Diese Blinklichtanlage soll in auffälliger Weise den Straßenverkehr auf die Warnkreuze aufmerksam machen und insbesondere den Kraftfahrzeugführern das richtige Verhalten gemäß § 18 Abs. 2 der Kraftfahrzeugverordnung vom 10. Mai 1932 (RGBl. I S. 201) erleichtern. Es bedeutet rotes schnellblinkendes Licht, daß sich ein Zug nähert, daß also der Uebergang für den Straßenverkehr gesperrt ist, weißes langsamblinkendes Licht gibt einen Anhalt dafür, daß der Uebergang für den Straßenverkehr frei ist. Gelbstichiges Licht bedeutet, daß die Blinklichtanlage außer Betrieb ist.

Vom 21. November 1932 ab wird der Uebergang mit voller Geschwindigkeit, zur Zeit 25 km/St., von den Bürgen befahren. Vom gleichen Tage ab entfällt auch das Geben der Räute- und Pfeifensignale an diesem Uebergang.

Dresden und Schwarzenberg, den 12. Oktober 1932. Deutsche Reichsb.-Gesellschaft. Die Amtshauptmannschaft Reichsbahndirektion Dresden. Schwarzenberg.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: O. R. Treichel für den Anzeigenteil: Carl Schied. — Druck und Verlag Auer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue



Die Entlarvung „Oskar Daubmann“

Karlsruhe, 12. Oktober. In einer Pressebesprechung machte Regierungsrat Ramsperger vom Landespolizeiamt Mitteilungen über die Entlarvung des Schwindlers Daubmann. Verflossene Anzeigen, erklärte er, sprachen dafür, daß nicht alle Angaben „Daubmanns“ stimmen. Im Laufe der Zeit meldeten sich immer mehr Leute, die den angeblichen Daubmann in der Fremdenlegion bzw. in Afrika gesehen haben wollten. Es wurde daraufhin beschlossen, am Montag Daubmann erneut zu vernachlassen. Er wollte zunächst keine Angaben machen und verschonete auch wiederum hinter dem italienischen Dampfer, den er nicht nennen wollte, um kein Wort nicht zu brechen. Es erfolgte dann eine Gegenüberstellung mit einem Mann namens Krüger aus Esslingen, der Daubmann in der Fremdenlegion gesehen haben wollte. Als Krüger das Zimmer betrat, fiel auf, daß Daubmann den Mann sehr ansah: „Den Mann kenne ich nicht!“ Es war Daubmann erstaunlich unangenehm, daß man jeder seiner Bemerkungen nachging. Der angebliche Beamte hat sich als eine ganz gewöhnliche Magenoperation herausgestellt. Auf Grund der Fingerabdrücke, juh Regierungsrat Ramsperger fort, ist es dann um anderes Toge gelungen, festzustellen, daß es sich nicht um Daubmann, sondern um den Schneider Karl Ignaz Hummel handelt. Das steht mit unumstößlicher Sicherheit fest. Hummel ist am 8. März 1899 in Oberwil im Kanton Basel geboren und war in Hofweiler bei Offenburg ansässig.

Regierungsrat Ramsperger hat schließlich „Daubmann“ auf den Kopf zugesagt: „Guten Tag, Herr Hummel!“ Hummel leugnete zunächst hartnäckig, bis er sich doch zu einem Geständnis entschloß. Es ergab sich weiterhin, daß Hummel in Offenburg verheiratet ist und schon seit längerer Zeit von seiner Frau getrennt lebt. Hummel gab zu, daß er 1909 und 1910 in Endingen die Volksküche besuchte und dort mit Oskar Daubmann zusammenkam, mit dem er befreundet war. Hummel wußte auch, daß Daubmann im Weltkriege gefallen ist. Hummel ist nie in Afrika gewesen.

Die Borgelshichte des „Falles Daubmann“

Um sich die Ungeheuerlichkeit des Schwindels „Daubmann“ zu vergegenwärtigen, muß man sich folgende Einzelheiten des „Falles“ vor Augen halten:

Am 29. Mai d. J. lehrte der Kriegsfreiwillige „Oskar Daubmann“ noch 18jähriger Abwesenheit in seinen Heimatort Endingen im Breisgau zurück. 16 Jahre kriegsgefangen, verschollen, längst totgeglaubt. Diese Heimkehr des letzten deutschen Kriegsgefangenen“ erregte nicht nur in seiner Heimat größtes Aufsehen. Die amtlichen Stellen das Auswärtige Amt, das Zentral-Nachrichten-Amt für Kriegsverluste und Kriegsgräber und die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener zeigten aus verschiedenen Gründen großes Interesse für den Fall.

16 Jahre kriegsgefangen? Persönlichkeiten, die nach Kriegsende den Gefangenenaustausch geleitet hatten, zweiteten an den Mitteilungen Daubmanns. Er wollte im Jahre 1918 in französische Kriegsgefangenschaft geraten und nach einem Fluchtversuch zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit in Afrika verurteilt worden sein. Nach 18jähriger Gefangenshaft, so erzählte Daubmann (!), gelang es ihm, Anfang dieses Jahres aus der Strafkolonie zu entfliehen und nach fünf Monaten unzähliger Strapazen über Palermo die Heimat zu erreichen.

Die amtlichen Stellen gingen diesen Mitteilungen nach, das Auswärtige Amt trat mit den zuständigen französischen Behörden in Verbindung. Von dort aus wurden Recherchen angestellt, deren Ergebnis dem Auswärtigen Amt übermittelt wurde. In keinem

Archiv konnte der Name Daubmann festgestellt werden. Weder in den Listen der Kriegsgefangenen, noch in den Listen der Kolonialgefangenen, die in den afrikanischen Kolonien Zwangsarbeit verrichteten. Daubmann will durch ein rechtstümliches französisches Militärgericht zu der 20jährigen Strafe verurteilt worden sein. Man hat nicht ein Urteilstdokument gefunden, das überhaupt die Tatsache einer Verhandlung gegen den Gefangenen Daubmann bestätigt hätte. Von den französischen Stellen wurde die Wahrscheinlichkeit der Wirkung Daubmanns bestritten und erneut verschärft, daß nebst in Frankreich, noch in seinen Kolonien ehemalige deutsche Kriegsgefangene seien, die eine während des Krieges auferlegte Strafe noch zu verbüßen hätten.

Daubmann hatte mit großem Nachdruck in den Protokoll gestanden gemacht, daß er im Kriegsgefangen in Amissus seine Personaleien angegeben habe und daß selbstverständlich auch in den Akten des Gerichts, das ihn verurteilte, keine Personalausgaben enthalten seien.

Daubmann versicherte, daß er in Constantine während seiner ganzen Haft die Gefangenennummer 102 gehabt habe und daß eine Zellenordnung des dortigen Zuchthauses mit dem Namen Guise unterschrieben gewesen sei. Er könne sich darin garnicht äußern, denn dieser Name habe in Handschrift unter dem Papier gestanden. Demgegenüber hatte das französische Außenministerium bei der deutschen Botschaft Ende Juli gestellt gemacht, daß der Name Guise in der ganzen algerischen Gefangenennormalung unbekannt sei. Anfang August wurde französischerseits noch versichert, daß die Erhebungen zu keiner Spur von Daubmanns Aufenthalt in den französischen Besitzungen Nordafrikas geführt hätten. Die deutschen Erhebungen wurden, um ein wirklich vollständiges Material zu liefern, bis in die kleinsten Einzelheiten durchgeführt. Man verklammte z. B. nicht, daß das deutsche Konsulat in Tunis um seine Stellungnahme zu befragen. Dabei ergab sich, daß man dort manche Angaben Daubmanns in das Bereich der Phantasie verwies. Es handelte sich dabei jedoch um Kleinigkeiten, die bei der Gesamtbewertung des Falles wohl kaum ausschlaggebend sein können.

Befürzung in Endingen

Endingen, 12. Oktober. Die Entlarvung des falschen Daubmann hat hier begreiflicherweise große Befürzung hervorgerufen. Die alte Mutter Daubmanns, der die Nachricht heute vormittag übermittelt wurde, kann es noch nicht glauben, daß der Juräulehrer nicht ihr Sohn sein soll. Sie sagt, es sei ihr Sohn und darin könne sie sich nicht täuschen. Der Schwindler Hummel hat Verwandte in Endingen, den „Adler“-Wirt. Bei diesem Onkel war er in seinen Jugendjahren. Er befahlte die 6. und 7. Klasse in Endingen und traf dabei mit dem richtigen Daubmann in der Schule zusammen. Am 1. Mai d. J. war Hummel noch in Endingen, und am 28. Mai lehrte er bereits als der falsche Daubmann noch in Endingen zurück. Am 5. Mai veranstaltete ihm zu Ehren des Städter einen großen Empfang. Es war ihm also gelungen, sich innerhalb vier Wochen auf die Rolle des Heimleiters Daubmann umzustellen. Der Schwindler Hummel hatte es in der Rolle des Daubmann möglich vermieden, je in die Wirtschaft „Zum Adler“ zu gehen, da er befürchtete, daß seine Verwandten ihn sofort erkennen würden. Sein Onkel hat auch, als er damals das Bild des angeblichen Daubmann zum erstenmal sah, sofort erklärt: „Das ist Karl Hummel“, aber er hat sich nicht geirrt, den Behörden davon Mitteilung zu machen. Der falsche Daubmann vermied es nach seiner Rückkehr nach Endingen, mit der Bevölkerung zusammenzukommen. Wenn er nicht zufällig auf Reisen oder im Bett war, dann machte er einen großen Bogen um die belebten Straßen des Städter.

Neun Kampfflugzeuge vernichtet

Großfeuer in einer englischen Fabrik

London, 12. Oktober. In der vergangenen Nacht wurde die Fabrik der englischen Farben-Luftfahrt-Gesellschaft durch Großfeuer völlig zerstört. Neun Kampfflugzeuge vom Schnellflieger in der englischen Armee verwendeten Typ im Gesamtwert von etwa 2 Millionen Mark wurden vernichtet. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Spuk — ein mediumistisches Phänomen?

Von Dr. med. G. Benker, Leipzig

Der berühmte Philosoph Wundt hat sich jüngst allen sogenannten okkulten Erscheinungen gegenüber abgeneigt verhalten. „Ich kann nicht neben der Welt des realen Geistes mit einer zweiten Welt der Geheimnärrchen vorstellen“, so hat er einmal direkt gesagt. Bis vor wenigen Jahren noch erschien überhaupt in Deutschland alles, was mit „Okkultismus“ zusammenhing, einer wissenschaftlichen Betrachtung nicht wert. Anders in der anglikanischen Welt. In England speziell gewann das Interesse dafür durch die sehr kritischen Untersuchungen der berühmten Societas for psychical research, der Gesellschaft für Seelenforschung, der viele bedeutende Gelehrte angehörten, und zu deren Vorhängen der Leipziger Philosoph Professor H. Drisch wiederholt gewährt wurde, alle Kreise der Gesellschaft. Diese hervorragende Vereinigung vorurteilsloser Männer und Frauen hat unter anderem auch auf dem ganzen Erdkugel weit über tausend Spukfälle gesammelt und auf ihre Echtheit hin erstaunlichsgesprächlos geprüft. Dabei hat sich eine beträchtliche Anzahl von Erscheinungen herausgestellt, so daß bei dieser Regelmäßigkeit der Erscheinungen, mag man sie in Europa oder in Asien, Amerika usw. beobachtet haben, wiewohl Wut dazu gehört, sie als lächerlichen Unsinn abzutun. Man leugnet sie aber einfach nicht, weil sie sich nicht in unser noch immer herrschendes materialistisches Weltbild einfügen lassen. Und dennoch spukt es in der ganzen Welt, und hat es immer gespukt. Erst die neue Wissenschaft der Parapsychologie, die schlechterdings nichts mit Mystik zu tun hat, wie ihre Gegner so gern glauben machen wollen, ging diesen rätselhaften Erscheinungen so hart auf den Leib, daß sie ihres Geheimnisswerts Mantels entkleidet und mehr oder weniger erklärt werden konnten. So hat sich positiv herausgestellt, daß ein gut Teil aller Spukfälle in den Bereich mediumistischer Phänomene gehört. Neben dem Spuk, der an bestimmten Geistlichkeiten haftet und ohne menschliche Einwirkung, wenigstens die noch lebender, aufzutreten scheint, gibt es den Spuk, der unmittelbar durch die unterbewußte und völlig ungewollte Tätigkeit von sogenannten Medien zu stande kommt. Da nach ihrer Entfernung auch die abnormen physikalischen Erscheinungen aufhören, die jedem bekannten Gesetz widersprechen, wie das Umlauf-Ede-Gerumsliegen von Steinen — wir wissen ja alle, daß die Bahn eines geworfenen Gegenstandes eine aufrechte Wurfparabel bildet, niemals eine Kreisbahn wie bei einem Kreispendel — müssen ja

deshalb immer wieder von Unwissenheit für Beträger gehalten. Und doch leiden sie oft selbst unter diesen unvollkommenen und widerlichen Geschehnissen an Leib und Seele, werden in der Nachtruhe gestört und erfahren nicht selten allerhand Materialschaden an ihrem Eigentum, wenngleich andererseits oft genug die tollsten Spukerscheinungen wie das Werken schwerer Gegenstände, nicht die geringsten Nachteile mit sich bringen und schaumartig verschwendend sich bald an irgendeiner anderen Stelle wiederfinden. Viele Leute meinen noch immer, Medien seien trunksame Personen. Dem muß für die Allgemeinheit entschieden widerprochen werden. Krankheiten können wohl die medialen Fähigkeiten im positiven und negativen Sinne beeinflussen — ich darf mir darüber als Arzt nach langjährigen eigenen Beobachtungen ein Urteil erlauben — an sich sind jedoch Medien nur Menschen mit besonderen supranormalen, aber durchaus nicht übernatürlichen Fähigkeiten. Das wesentliche dabei ist, daß, entgegen dem Laienmeiste, der frei über seine Künste verfügt, das Medium nie seine Kräfte beherrschte, die im Gebiet des Unterbewußtseins außerhalb der Sphäre des Bewußtseins und unabhängig vom freien Willen sich auswirken. In ein unbewußtes Wollen nach Freud glaube ich nicht! Wohl aber mag es sich bei manchen Spukfällen um Verkrampfungen im freudischen Sinne handeln, wie denn auch in der Hypnose und bei Wissensverlusten gelegentlich spukartige Erscheinungen akutischer und mechanischer Art beobachtet werden. Somnambule wie die bekannte Scherin von Prevorst, über die der Arzt und Dichter Justinus Kerner ein ganzes Buch geschrieben, sind besonders ergiebige Spukquellen. Das weibliche Geschlecht zeigt diese supranormalen Fähigkeiten am ehesten in den Entwicklungsjahren, wie überhaupt zwei Drittel aller medialen Spuks auf das Konto der Jugendlichen kommen. So ergab Professor Thurz von einem Elfjährigen, dessen Musikhilfie dadurch unmöglich wurden, daß jedesmal das Klavier sich in die Luft zu erheben begann, sobald er zu spielen versuchte. Uebrigens scheinen auch meteorologische Einflüsse auf solche Vorgänge zu wirken: Bei einem 14jährigen rumänischen Mädchen fiel das Spuken stets in die Zeit des Neumondes. Haben wir auch für diese ganze interessante Frage einige Beobachtungen gewonnen, so stehen wir doch noch vor manchem Rätsel. Da es aber auch für die physischen Erscheinungen ein Gesetz gibt, wird es die Spukende klügeren Geistes sein, hinaus zu ergründen.

Der „Mann mit den gekreuzten Messern“.
Die „Unterwelt“ sucht einen Verbrecher. — Zahntausend auf der Jagd nach dem Mächenmöder. — Ein spanischer Räuber?

Von Erit Holthausen.

Unter den Nervis, der Unterwelt von Marseille, herrscht seit einiger Zeit eine ungewöhnliche Erregung. Zu Einbrüchen, Entführungen und anderen Verbrechen hat man keine Zeit mehr, die gesamte Unterwelt sieht sich durch eine andere Aufgabe vollauf in Anspruch genommen, die, so seltsam es mögen mag, in nichts anderem besteht als in der Jagd nach dem „Mann mit den gekreuzten Messern“, einem Möder, der die Umgebung Marseilles unsicher macht. An sich scheint es nicht leicht verständlich, daß Leute, denen es gelegentlich auf einen Mord nicht gerade ankommt, einem anderen, der sehr wohl zu den Ihren zählen könnte, mit solcher Erbitterung nachstellen. Über gerade die Tatsache, daß es sich um einen Mächenfeind handelt, der, wie sie gezeigt hat, auch vor den Angehörigen der Verbrecherwelt nicht zurücksteht, hat die Nervis veranlaßt, den überlieferten Kampf gegen die Polizei zeitweise ruhen zu lassen und, wenn auch nicht gemeinsam mit ihr, so doch im gleichen Sinne die Verfolgung des geheimnisvollen Möders aufzunehmen. Zu diesem Zwecke haben sie eine grob aufgezogene Organisation ins Leben gerufen und unter sich eine Summe von 20 000 Franken zusammengebracht, die als Belohnung für die Ergreifung des „Mannes mit den gekreuzten Messern“ bestimmt ist.

Wem gilt nun dieser ganze Aufwand, wer ist der Mann mit den gekreuzten Messern? Kurz gesagt, der südfranzösische Kästen, ein Ungeheuer, das seit geraumer Zeit die Departements Bouches-du-Rhône und Var unsicher macht, seine Opfer dabei ausschließlich unter Kindern und jungen Mädchen sucht. Mit Bestimmtheit können ihm bislang acht beratige Worte nachgewiesen werden. Stets verschwindet er nach dem Tat, ohne die geringste Spur zu hinterlassen. Mit einer Ausnahme: Stets findet man neben den ermordeten zwei getötete blutige Messer, vermutlich die Werkzeuge des furchtbaren Verbrechers.

Der erste geheimnisvolle Fall, der die allgemeine Aufmerksamkeit weitester Kreise erregte, war die Ermordung der kleinen Luisa Bonfiglio. Als deren Eltern eines Abends von einem Auszug zurückkehrten, fanden sie ihre ältere Tochter. Eine hatte sich nur für wenige Augenblicke aus dem Hause entfernt; bei der Rückkehr sah sie die Schwester mit schrecklichen Stichwunden auf der Türschwelle liegen. Neben ihr standen die beiden Küchenmesser der Bonfiglio kreuzweise im Holz der Tür. Zum übrigen fehlte jeder Hinweis auf den Täter.

Wenige Tage später wurde ein junges Dienstmädchen, Adrienne Jamelle, vor dem Herde liegend ermordet angetroffen. Die gekreuzten Messer in der hölzernen Küchenwand waren wieder der einzige Hinweis auf den Möder, von dem sonst keine Spur, selbst der leiseste Fingerabdruck, fehlt. Ebenso verhielt es sich bei dem nächsten Opfer, der vierzehnjährigen Tochter eines Nervi. Dann hatte der Unheimliche offenbar Marseille verlassen, denn bald darauf fand die sechzehnjährige Tochter eines Rechtsanwalts in Aix im Arbeitszimmer ihres Vaters ihr Ende. Die gekreuzten Messer lagen auf dem Schreibtisch.

Die Behörden, die Hoffnlichkeit und eben auch die Nervis stehen vor einem Rätsel. Ist der Täter, der offensichtlich nur töten will, ein Verbrecher aus reiner Mordlust oder ein Geisteskranker? Niemand vermog es zu sagen. Ein Vergleich mit dem Düsseldorfer Massenmörder Kästen liegt nahe, aber er führt leider nicht weiter. Daß der „Mann mit den gekreuzten Messern“ kein Mitglied der Marseiller Unterwelt ist, darf als sicher gelten. An der Aufrichtigkeit ihrer Bemühungen, des Ungeheuers habhaft zu werden, scheint kein Zweifel erlaubt. Schwerlich aber werden die Nervis, wenn der Täter ihnen in die Hände fällt, ihn, wie versprochen, der Polizei ausliefern, sondern sicher selbst über ihn Gericht halten.

Einstweilen ist es allerdings noch nicht so weit. Die Jagd geht fort. Neben der Polizei und den Nervis beteiligen sich auch weite Kreise der Bevölkerung an ihr, denen die Behörden völlig freie Hand lassen. Nach Angaben südfranzösischer Zeitungen — die Pariser Boulevard-Blätter, die sonst für die geringste Sensation zu haben sind, bringen eigenartigerweise keine Zeile über den Fall — sind insgesamt 10 000 Personen mit der Verfolgung beschäftigt. Bislang hat aber der „Mann mit den gekreuzten Messern“ ihrer aller noch zu spotten verstanden.

Drei Tage — drei Mädchen — drei Löwen.

Nicht länger als drei Tage hatte das Gastspiel gedauert, das ein wunderbar lustiges Sprottau veranstaltete. Und doch — welche Verwirrung vermachte die Löwenbändiger in dieser kurzen Spanne unter der halben Weißlichkeit angurichten! Zum unumstrittenen Herrscher über Herz und Hand, über all ihr Hab und Gut hatten ihn drei der Schönsten gemacht, ohne daß eine von ihnen merkte, wie er sie mit dem anderen betrog. Doch schließlich geht jeder Kugel solange zu Wasser, bis er bricht. Man kam dem böhmischen Don Juan, der sich natürlich zeitgemäß als Sirkusdirektor bezeichnete, hinter die Schläche. Aber als es den genausierten Brautnungen war, den Kinder vor die Schranken des Gerichts zu setzen, da erwies es sich, daß seine bare Faust zur Wiedergutmachung des angerichteten Schadens längst nicht ausreichte. Das einzige pfändbare Vermögen, daß er aufzuweisen hatte, bestand in drei — Löwen. Was blieb dem Gerichtsvollzieher anderes übrig, als die Wüstentöchter mit dem Knud zu versetzen? Das hätten sich Sultan, Bascha und Scheich, als sie noch im gelben Sande des Schwarzen Erdballs ihre Prade gogen, sicher nicht träumen lassen, daß sie dereinst für die getäufchten Liebeshoffnungen deutscher Mädchen würden büßen müssen.

Doktor Gwareinstein's seltsame Reisegefährten.

Nicht weniger als 1200 Fröhliche hatte der bekannte Tierforscher Doktor Gwareinstein bei sich, als er in Kapstadt die Almadale Castle bestieg. Die seltsamen Fahrgäste häusten in großen, besonders zu diesem Zwecke eingerichteten Zänen. Die Reise gestaltete sich recht vergnüglich. Die Schiffsfesten hatte Mühe, das Konzert der stimmengewaltigen Passagiere zu überstehen. Der mit ihrer Flitterung betraute Koch wurde allzeit um seinen lustigen Posten beneidet. Die lebhaften Amphibien ahnen freilich nichts, welch schlimmes Stoßbal ihrer barst. Man will sie abwechselnd auf Eisböcke und in die Nähe des Feuers setzen, um zu beobachten, wie die Tiere, vor allem in ihrer Farbe, hierauf reagieren. Aber das wäre noch zu ertragen. Weit unangenehmer ist es für sie, daß sie geblendet werden sollen. Einen Teil seiner Reisegefährten will Doktor Gwareinstein an andere Wissenschaftler abgeben, die daran ihre Beobachtungen machen werden, den Rest geht den er in seinem eigenen Garten anzunehmen, dem er in Ehren der neuen Wüste des Namens „Zenophus“ (der Gott) weißeinen bot.

Aus Stadt und Land

Aue, 18. Oktober 1932

CDU-Ortsgruppe Aue zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

Scharfe ablehnung

Ein Monat ist vergangen, seit die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft erlassen wurde. Eine Ergänzungsvorordnung und Ausführungsbestimmungen dazu sind inzwischen erschienen. Die Öffentlichkeit hat die Regierungsmaßnahmen kommentieren können. Einige Auswirkungserscheinungen liegen auch bereits vor. Alles das sind Umstände, die den ernsthaften Kritiker davor bewahren, etwas überzeugt zu urteilen. Um so schwerer wiegt die scharfe Ablehnung des sozialen Teils der Verordnung, wie sie in der Mitgliederversammlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Ortsgruppe Aue, gestern abend im Hotel "Stadtspark" allseitig zum Ausdruck kam. Der Vorsitzende, Kollege Becker, wies darauf hin, daß noch nie, auch im Vorfriede-Deutschland nicht, eine Regierung solche weitgehende Vollmacht besessen habe, um das gesamte soziale Recht zu ändern. Der soziale Friede, der doch schließlich auch ein Aktioposten bei einer Wirtschaftsbelebung ist, sei durch die beachteten grundlegenden Eingriffe in das in 70jähriger Arbeitnehmerbewegung errungene und organisch gewachsene Sozialgut erneut schwer erschüttert. Die Möglichkeit, täglich neue und schwere Einschränkungen in die Sozialversicherung, in die Arbeitslosenbetreuung, in das Arbeitsrecht, in die Arbeitsgerichtsbarkeit usw. zu erleben, sei unerträglich und habe maßlose Empörung ausgelöst. Die Abstimmung im Reichstag mit der großen Mehrheit gegen die Notverordnung spiegelt in der Tat die Meinung des Volkes zum sozialgegnerischen Teil der Verordnung wieder. Dass im übrigen die Bedürfnisse der Arbeitnehmer nicht grundlos seien, beweise der verordnete Eintritt in die umabhängigen Mindestgehalter der Tarife. Seine Verkopplung mit Neuinstellungen habe den unsocialen Charakter keineswegs auf. Die Gefahr mehrfacher Schaltförderung sei gerade für die Angestellten besonders groß, einmal durch die unabhängig von der Verordnung laufende allgemeine Gehaltsabbaubewegung, dann durch die mit der Arbeitszeitverkürzung verbundene Gehaltskürzung und schließlich durch die Ausschöpfung der Verordnungsbestimmungen. Es scheine, als wenn bei dem Plane der Wirtschaftsbelebung, der in seinem ersten wirtschaftlichen Teil, also ohne den sozialen Teil, durchaus für sich bestehen kann, die Gelegenheit willkommen gezeichen würde, langgehegte Wünsche sozialfeindlicher Kreise anzubringen. Es sei den Angestellten jetzt unmöglich gemacht, den Lebensunterhalt in einer ihrer Tätigkeit angemessenen Weise und die Mieten in ihrer jetzigen Höhe zu bestreiten. Diese Fortführung einer Deflationsspolitik auf dem Gebiete der Angestelltengehalter stehe im übrigen im schroffen Gegensatz zu der von der Regierung angekündigten Bekämpfung aller Deflationssmaßnahmen. Ueber zwei Milliarden RM Zuwendungen an die Unternehmer, hingegen erhebliche Abzüge von den ohnehin fälligen Einkünften der Arbeitnehmer, das bedeute den Versuch einer Wirtschaftsbelebung ausschließlich auf Kosten des notleidenden werktätigen Volkes. Der CDU sei fest entschlossen, jeden sich bleibenden gangbaren Weg zu gehen, dieses Unrecht und diese wirtschaftliche Unzinnigkeit wieder aufzuheben. Erneut rufen die im CDU organisierten Angestellten ihre Standeskollegen auf, sich der freiheitlich-nationalen Einheitsfront anzuschließen.

Neustädtel gegen die „Zwangsheirat“

Die Einwohnerschaft Neustädtels in Abwehrstellung — ablehnende Stellungnahme zum Beschluss des Bezirksausschusses — Protest gegen eine Zwangsmischung mit Schneeberg — Vorstoß ins Innenministerium

Eine Protestversammlung

Der Bezirksausschuss Schwarzenberg hat sich, wie von uns berichtet worden ist, in seiner letzten Sitzung für die zwangsläufige Verschmelzung der Städte Schneeberg und Neustädtel ausgesprochen. Dieser Beschluss hat in den Kreisen der Einwohnerschaft Neustädtels alles andere als Begeisterung ausgelöst und die Neustädter haben sich entschlossen, den Kampf gegen die Verschmelzung mit der Nachbarschaft Schneeberg zu führen, um die Erhaltung ihrer Selbständigkeit mit aller Hartnäckigkeit fortzuführen.

Für den gestrigen Abend hatte der Bürgerausschuss zu einer Protestversammlung aufgerufen, zu der die Bürgerschaft aller Kreise in so zahlreichem Maße erschienen war, daß der Saal im "Ratskeller" nicht genug Platz bot. Ortsfreunde und Parteipolitik waren von der Versammlung ausgeschlossen. Großartig und geleitet wurde die Versammlung von Bürgermeister Paul Georgi. Als erster Redner nahm der ehrenamtliche Bürgermeister von Neustädtel, Stadtrat Pilz, das Wort, um die

Entwicklung der Verschmelzungsgesellschaft einmal darzulegen. Von der Stadt Schneeberg wurde bereits im Jahre 1921, so führte er u. a. aus, ein Vorstoß in der Richtung unternommen, daß man die Neustädter zu einer "Heirat" einlud und ihnen dabei eine ganze Anzahl von Bedingungen stellte. Diese Bedingungen wurden von den Neustädter städtischen Ämtern abgelehnt. Im Februar des Jahres 1929 brachte dann die KPD-Fraktion im Neustädter Stadtparlament einen Antrag ein, der die Stadtverwaltung beauftragte, das Ziel einer

Verschmelzung von Schneeberg, Neustädtel, Oberschlema, Griesbach und Schlema

zu einer Großgemeinde zu verfolgen. Die Kommunisten hatten mit diesem Antrag, der gegen sechs bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde, die Vereinigung von höheren Untersuchungsfällen im Auge. Auch im Stadtrat wurde der kommunistische Antrag angenommen, ohne daß aber dadurch die Angelegenheit in ein akutes Stadium gelangte.

Als dann der Neustädter Bürgermeister Dr. Richter in den Ruhestand trat (seit drei Jahren führt ein ehrenamtlicher Bürgermeister die Geschäfte des Stadtoberhauptes), brachte die Umtshauptmannschaft Schwarzenberg die Dinge ins Rollen. Der Stadt Neustädtel wurde aufgegeben, mit Schneeberg über eine Vereinigung beider Städte zu verhandeln. Es wurde ein Ausschuss gebildet und die Verhandlungen wurden aufgenommen, wobei es sogar zur Fertigstellung eines Vertragsentwurfs kam, der verchiedentlich, da man sich nicht einig werden konnte, Abänderungen erfuhr. Schließlich aber kamen doch die Vertreter Neustädtels zu einer

Ablehnung der Verschmelzung,

nachdem sie die Überzeugung gewonnen hatten, daß durch eine Vereinigung mit Schneeberg eine wirtschaftliche Verbesserung der Lage nicht erreicht werden konnte. Einmal waren ausschlaggebend für die Ablehnung ein

Vergleich des Schuldenlast Schneebergs

mit der Neustädtel.

Im Februar 1931 begifferten sich Schneebergs Schulden

auf 1 788 092 RM, die Neustädtel auf einen Stand von 392 268 RM, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß Schneeberg knapp 10 000, Neustädtel jedoch nur etwas über 5000 Einwohner zählt. Weiter würde mit einer Zusammenlegung der Städte Schneeberg und Neustädtel ausgesprochen. Dieser Beschluss hat in den Kreisen der Einwohnerschaft Neustädtels alles andere als Begeisterung ausgelöst und die Neustädter haben sich entschlossen, den Kampf gegen die Verschmelzung mit der Nachbarschaft Schneeberg zu führen, um die Erhaltung ihrer Selbständigkeit mit aller Hartnäckigkeit fortzuführen. Die Durchführung der notwendigen Erweiterung und Verbesserung würde aber mindestens einen Investitionsaufwand von jährlich 20 000 RM herbeiführen. Den Neustädtern ist, nachdem sie seinerzeit die Verhandlungen mit Schneeberg abbrachen und zur Ablehnung kamen, auch von Regierungssseite hart zugesetzt worden und es wurde sogar mit der Sperrung der Zusammenschlüsse aus dem Lastenausgleichsstadl gedroht. Im April 1931 drohte die Umtshauptmannschaft Schwarzenberg mit der Verhängung einer Ordnungsstrafe von 50 RM, wenn man seine Pflicht nicht damit erfülle, daß man die Angelegenheit vorwärtsstreibe. Neue Sitzungen und Beratungen fanden dann im Frühjahr und Sommer dieses Jahres unter dem Vorstoß der Umtshauptmannschaft statt und dabei erfuhr man, daß

durch die Zusammenlegung 48 940 RM eingespart werden sollen.

Dem hat der Neustädter Ausschuß entgegengesetzt, daß man in der Lage sei, selbst durch die Einsparung von Beamtenstellen, evtl. will man sogar auch für die nächste Zeit, bis zur Besserung der Verhältnisse, auf die Ausschreibung der Bürgermeisterei verzichten, 20 000 RM einsparen. In der letzten Sitzung der Ausschüsse von Neustädtel und Schneeberg, die unter dem Vorstoß von Richter-Schwarzenberg in Neustädtel stattfand, ist von Neustädter Seite zum Ausdruck gebracht worden, daß klar auf der Hand liege, daß durch eine Vereinigung der beiden Städte ohne die Einbeziehung von Stadtkindbad Oberschlema, Lindeneu und Griesbach Einsparungen nicht erreicht werden könnten. Das wäre, hat man erklärt, eine großzügige Lösung, die dazu führen würde, daß die einst blühenden Städte Neustädtel und Schneeberg jetzt an den wirtschaftlichen Vorteilen des Stadtkindbads Oberschlema teilnehmen könnten, das doch früher wirtschaftlich ganz auf die beiden Nachbarstädte angewiesen war und dessen gegenwärtige wirtschaftliche Sonderstruktur sich versteuert auf das Leben in den beiden höheren Nachbargemeinden auswirkt.

Zu einer solchen großzügigen Lösung

sei Neustädtel bereit.

Eine Zusammenlegung mit Schneeberg allein kann, so wurde von Bürgermeister Pilz weiter ausgeführt, nicht als Rettung angesehen werden. Der Fehlschlag, den Schneeberg in den letzten sechs Jahren aufzuweisen hat, beläuft sich auf 527 000 RM, der Neustädtel auf der gleichen Zeit auf nur 88 000 RM. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen in Schneeberg an Schulden 188 RM, in Neustädtel nur 50 RM.

Von Stadtrat Müller, der die Ausführungen des

GROSZFÜRST und TÄNZERIN

Roman von Otto Pietz.

(Nachdruck verboten.)

Mit einer Geste von Befreiung wirft der Chef des Stabes, als der Hörer wieder fest auf dem Apparat liegt, beide Arme in die Luft. „Sie müssen Seine Majestät unbedingt überreden,“ fleht er leidenschaftlich, „mit der allgemeinen Mobilisierung sich einverstanden zu erklären. Sie müssen! Telefonieren Sie mir sofort! Ich werde vor drei Uhr ab festgemauert in diesem Zimmer sitzen. Über dann... wenn Ihre Telefonanmeldung der alterhöchsten Genehmigung zur allgemeinen Mobilisierung hier angelangt ist... dann werde ich fortgehen und mein Telefon zerbrechen...! Übermals entgegengesetzte Gefüle Seiner Majestät werden mich nicht mehr erreichen!“

Es ist fünf Minuten vor drei. Sasonow steht die breite Marmortreppe des Alexanderpalastes in Petersburg empor, hinter dem kaiserlichen Büro in der malerischen Tracht aus dem Zeitalter der Zarin Elisabeth, der ihn am Portal erwartet hat. Ein leichtes Hindernis wird noch zu überwinden sein, sagt er sich im langsamem Aufwärtssteigen; jenes, daß der Mann bedeutet, den er nun bei seinem Herrn finden würde, der alte Generalmajor Tatischewitsch. Er ist seit neun Jahren Generaladjutant beim Deutschen Kaiser, fast ununterbrochen in dessen Umgebung und ihm, wie Sasonow weiß, von Herzen ergeben. Aber auch Tatischewitsch ist Russe und Soldat.

Ste sind am Ende eines langen Gangs, beim diensttuenden Adjutanten, angelangt. Dieser führt den Besucher sogleich zum kaiserlichen Arbeitszimmer. Der wachehaltende Adjutant, in grellbunter Tracht, öffnet vor ihm die Tür.

Der Zar reicht dem Eingetretenen mit der liebenswürdigen und etwas schlichteren Geste, die alle, die ihn besuchen dürfen, kennen, die Hand.

Eine Verbeugung noch gegen den Generalmajor Tatischewitsch, der zugleich mit dem Zaren von seinem Sessel aufgestanden ist, dann führt sie das drei.

Der Minister beginnt mit seinem Vortrag. Der Klang seiner Worte ist tiefehr überzeugend, ihr Inhalt förmlich Bestimmtheit. Er spricht lange. Er sucht bezutzen, daß

zwischen dem Appell des Deutschen Kaisers an den Barren und einem durch Graf Poutalas am gestrigen Nachmittag überbrachten Kanzlertelegramm ein Widerspruch bestehe. „Man führt in Deutschland ein Spiel mit verteilten Kosten auf mit dem Zweck, Rußland in Sicherheit zu wiegen und militärisch einen Vorprung zu gewinnen.“ Selbst wenn wir zwischen zwei Dingen wählen müßten,“ schreibt er seine Ausführungen, „nämlich durch unsere militärischen Vorbereitungen den Krieg hervorzurufen, oder diese zu unterlassen, aber uns dann in die Gefahr begeben, vom Kriege überrascht zu werden, so ist das zweite das weit schlimmere und ohne Zweifel Verderbliche für uns.“

Der Zar hat mit einem Anflug, das von Minute zu Minute bleicher geworden ist, zugehört. Nun folgt der Worts des Ministers eine lange Pause des Schweigens.

„Ja,“ sagt Tatischewitsch leise in die Stille hinein, „es ist schwer, hier zu entscheiden.“

„Entscheiden werde ich!“ fährt der Zar auf, durch den fremden, ungewohnten Ton von Schroffheit seine beiden Besucher jaß erstaunend.

Abermals ist Stille. Dann sagt der Herrscher, mit einer zusammengepreßten Kiefe, daß sehr bleiche Anklage auf den Minister gewendet: „Denken Sie an die Verantwortung, die Sie mir tragen, auf mich zu nehmen. Denken Sie, daß es sich darum handelt, Tausende und aber Tausende von Menschen in den Tod zu schicken!“

Nicht das Gewissen Eurer Majestät noch das meinige wird mit diesem Kriege belastet sein. Wenn Eure Majestät unsere Mobilisierungsvorbereitungen unvollständig lassen, wird einzige erreicht, daß unsere militärische Organisation aus den Augen geht und unsere Verbündeten verwirkt werden.“ Er hebt die letzten Worte hoch, mit ihnen das Bild Poincarés und jenes Mannes schlichte Gedärme in die Erinnerung des Unschlüssigen zurückzurufen. „Abrigens — Mobilisation ist nicht Krieg. Wir können, Gewehr bei Fuß, weiter verhandeln.“

Der mit dem Hinweis auf die Franzosen Beschorene weiß genau, daß dieser letzte Satz falsch ist, entweder bewußte Irreführung des anderen oder aus dessen gänglicher Unwissenheit über militärische Dinge hervorgegangen. Denn gerade ein Franzose ist es gewesen, der die frische Umkehrung dieses Satzes ausgesprochen hat, und noch dazu zu einem russischen Zaren, seinem eigenen Vater, Alexander dem Dritten. Dennoch flammert der Sohn sich nun an diesen Satz fest als an einen Durchschluß zwischen der Stimme ihm gegenüber und der anderen Stimme aus

Berlin, ihn als einen Spruch, der zu glauben sei, sich aufzwingen. Nach einem Augenblick des Schweigens und der Sammlung sagt er mit einer Stimme, der er bestreift gibt: „Telefonieren Sie dem Generalstabchef, daß ich den Befehl zur allgemeinen Mobilisierung ertheile.“

Der Aufgerufene eilt aus dem Zimmer, die Treppe hinab und in die Telephonzelle im Erdgeschoss des Palastes. Er ruft Janowskij, der seit 3 Uhr wartet. Er verläßt den Befehl des Zaren. „Jetzt können Sie das Telephon zerbrechen!“ fügt er hinzu. —

Es ist 5 Uhr nachmittags, eine knappe halbe Stunde nach diesem Anruf, als General Dobrotoloff zum zweiten mal im Zimmer des Chefs des Haupttelegraphenamtes steht. Es wiederholt sich der Vorgang des vorangegangenen Abends. Dann tritt der General an die Seite des Beamten, der Maschinenschriftblätter, die Veröffentlichungen des Zarenbefehls, in der Hand hält, in den grünen Telegraphieraum.

Sämtliche Apparate, ihrer einige Dutzend, sind zur Aufnahme des Mobilisierungsbefehls bereit gemacht. Telegraphisten und Telegrafenblätter sind jeder vor seinem Apparat, in feierlichem Schweigen.

Wenige Minuten nach sechs beginnen alle Apparate zu klappern. General Dobrotoloff hört das wirre Geräusch mit einem Sehen, bestreift Aufnahmen. Denn der heutige Tag, der erste der Mobilisierung, hat nur das Anfangsstadium von dieser gebracht: die Soldatenversammlungen in den Kasernen. Truppenzüge zu den Grenzen rollen noch nicht. Die allgemeine Mobilisierung wird durch die gestern besohlne und heute abgefaßte Teilmobilmachung also nicht gestört werden.

Dennoch will der General seiner Sache ganz sicher sein. Die Telegramme sind mit Rückkontrolle abgefertigt worden. Im Zimmer des Chefs wartet er auf die Eingänge der Meldungen.

Gegen 7 Uhr beginnen diese aus den Orten, die mit Petersburg durch direkte Bahn verbunden sind, einzutreffen. Das Mobilisierungstelegramm ist dort richtig aufgenommen.

Also ist das Neue zu dieser Stunde im Gange: hunderte Divisionen in der Mobilisierung.

Eine Änderung ist nicht mehr möglich — — —

Bürgermeisters unterstrich, wurde darauf hingewiesen, daß Schneeberg ein städtisches Bauamt unterhält, das einen Personalaufwand von 22 000 RM. jährlich erfordert, während Neustädtel ein Bauamt nicht unterhalte und sich mit einem Sachverständigen begutte. Auch der Schneeberger Bürgermeister habe bereits erklärt, daß er im Falle der Zusammenlegung die Arbeit nicht mehr allein bewältigen könne, so daß also mit der Auseinandersetzung eines beflockten Stadtrates zu rechnen wäre, worauf schließlich von den 49 000 RM., die eingespart werden sollten, nichts mehr übrigbleiben würde.

Von den Sparmaßnahmen in Neustädtel entwarf Rendant Hergert ein Bild, der sich ebenfalls gegen die Verschmelzung aussprach und herausstellte, wie das Prinzip der Sparsamkeit in Neustädtel

immer mehr im Vordergrund gestanden habe als in Schneeberg. Die Sparkasse Neustädtel, die heute insgesamt 3 700 000 RM. an Einlegerguthaben aufzuweisen hat, steht bedeutend besser da als die Schneeberger und würde im Falle einer Verschmelzung mit einer Abwanderung von Einlegern zu rechnen haben. Weiter wurde dann noch hervorgebracht, daß die Objekte, die einen Anschluß an Schneeberg verloren erscheinen lassen könnten und zu denen man den Klostergraben, den Forst, die Handelschule und das Geitner-Bad zählt, heute

sämtlich Rutschobjekte seien. Was den Beamtenkörper Neustädtels anbetrifft, so bezeichnete ihn Oberinspektor Hähnel als in jeder Beziehung intakt. Auch Stadt-Vorsteher Willert sprach sich scharf gegen die Verschmelzungsbefürworter aus und ebenso wurde aus der Versammlung heraus von verschieden Seiten heftig gegen die Zusammenlegung protestiert und sogar zum Ausdruck gebracht, daß man

lieber als nach Schneeberg den Anschluß nach Aue hinnehmen wolle. Nicht zuletzt kam in den Protesten auch die Verbundenheit mit dem Heimatort, der auf eine 500jährige Selbständigkeit zurückblicken kann, mit aller Wärme zum Ausdruck. Zum Schluß der Versammlung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen und beschlossen, sie durch eine Abordnung von vier Vertretern der Neustädteler Bürgerschaft im Innenministerium in Dresden zu überreichen und dort noch besonders begründen zu lassen.

Die Entschließung:

"Die heute im überfüllten Ratssaal versammelten Neustädtler wahlberechtigten Einwohner erheben nach Berichterstattung des Sachverständigen, soweit er nicht aus Zeitungsberichten schon bekannt geworden ist,

Hiermit schärfsten Protest

gegen die beabsichtigte Zwangseingemeindung mit Schneeberg allein.

Es ist eine Vergewaltigung gegen 92 Prozent der stimmberechtigten Einwohner, die diesen Zusammenschluß nur mit Schneeberg

Was die Theater bringen:

Chemnitz. Schauspielhaus. Freitag: "Mädchen in Uniform". Opernhaus. Freitag: "Das Rheingold". — Stadtheater Zwickau. Freitag: "Die Kaiserin" (für Bühnenverein). — Stadtheater Plauen. Freitag: "Hasenstein kann nichts dafür".

ablehnen, wenn nur dem Willen der Umschaupmannschaft Rücksicht gegeben wird.

Warum wird der Zwang nicht auch auf die geographisch genau wie Schneeberg städtebaulich mit Neustädtel verbundenen Gemeinden, wie Lindenau, Griesbach und besonders Oberhohema ausgeübt, damit eine größere Stadt entsteht, in der ein wirtschaftlicher Ausgleich möglich ist?

Warum werden nicht die gesetzlichen Verhältnisse bei der Stadt durch einen unparteiischen Sachverständigen geprüft?

Warum soll der Volkswillen der Neustädtler vergewaltigt werden, wenn hier geordnete Verwaltungsvorstellungen vorliegen, wie fortwährende Prüfungen ergeben haben?

Warum werden die gesetzlichen Verhältnisse nicht durch eigene Schuld herbeigeführt worden sind, sondern durch Überbürdung mit Reichs- und Landesaufgaben und daraus entstehenden Lasten, zum Anlaß solcher auf Lebensdauer berechneter Maßnahmen gemacht?

Wir protestieren hiermit dagegen, weil

1. wie der Übergang ist, daß eine Besserung der Finanzlage nicht eintrete, zumal Neustädtel auf den Kopf der Bevölkerung nur knapp 50 Mark, während Schneeberg bei fast doppelter Einwohnerzahl aber pro Kopf 170 Mark Schulden aufweist,

2. Die errechneten Ersparniszahlen nicht zutreffend sind, da deren Erreichung von falschen Voraussetzungen ausgeht. Für Neustädtel allein werden rund 20 000 Mark Ersparnismöglichkeiten nachgewiesen.

3. Der Bezirksausschuß ohne Würdigung der Sachlage Neustädtel einstellig durch die Umschaupmannschaft beeinflußt worden ist und daher seine Entscheidung höchste Empörung auslösen muß.

Zum Schluß ersuchen wir um Beachtung unseres Protestes und erwarten von Seiten des Kreis-Ausschusses und des Ministeriums, bevor die endgültige Entschließung herbeigeführt wird, auch noch das mündliche Gehör von Einwohnern und Stadtretern." — Der Bürgerausschuß.

genommen. Der Umfang der Arbeiten wird sich zunächst natürlich noch in beschiedenem Rahmen halten, denn von der Regierung sind Mittel für die Ausführung des Projekts nicht zu erhalten gewesen. Der Stadt Neustädtel ist von Regierungsschäden mitgetroffen worden, daß man vor einigen Jahren vielleicht noch bereit gewesen wäre, eine Finanzhilfe zu gewähren, daß man jetzt aber angesichts der wachsenden Wohlfahrtslasten nicht mehr in der Lage dazu sei. Nach einer ganzen Reihe von Besuchen, die der Stadtrat zu Neustädtel machte und die zum Teil noch laufen, hat dann schließlich das Landesarbeitsamt einen Zuschuß für die Durchführung der Arbeiten im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes gewährt, der durch das Arbeitsamt Aue seinem Zweck zugeführt wird. Das Arbeitsamt zahlt pro Arbeiter 1,50 RM. pro Tag, und der Rest, auf den 2,30 RM., muß anderweitig beschafft werden. Wie in den anderen Arbeitsdienstlagern, Johanngeorgenstadt usw., erhalten die jungen Leute, die das 25. Lebensjahr nicht überschritten haben dürfen, Kleidung und Verpflegung. In Neustädtel hat man zunächst daran gedacht, die Arbeiten nur mit jungen Leuten aus dem Orte durchzuführen, womit zugleich der Sinn des Dienstes an der Heimatstadt einen trefflichen Ausdruck gefunden hätte. Aber man hat doch, da sich nicht genügend junge Erwerbslose meldeten, auf Arbeitskräfte aus der Umgebung zurückgreifen müssen. Es handelt sich bei den Arbeiten zunächst um Erdbewegungen, Niveauausgleichungen usw. Zu diesem Zweck ist das Wasser des Teiches bereits vor einiger Zeit abgelassen worden. Wir werden über die Fortschritte, die erzielt werden, von Zeit zu Zeit berichten.

Pöhl. In der Sitzung der Gemeindeverordneten wurde der Einspruch, den der Gemeinderat gegen den von dem Gemeindeverordnetenkollegium gefassten Beschluss, den 3. Stellvertreter mit der Führung der Bürgermeistergeschäfte zu betreuen, von den Gemeindeverordneten abgelehnt. Der Bürgermeister befindet sich befanntlich in Urlaub und gegen den 1. Stellvertreter schwebt eine Untersuchung.

Aus parteipolitischen Gründen übergingen dann die Stadtverordneten den 2. Stellvertreter und wählten in der vorigen Sitzung den 3. zum 1. Bürgermeisterstellvertreter, wogegen der Gemeinderat Einspruch erhob.

Die Einführung der Bürgersteuer für das Jahr 1933 wurde einstimmig abgelehnt.

Sosa. Bürgersteuer. Die Gemeinde erhebt ab 1. Januar 1933 eine Bürgersteuer in Höhe von 500 Prozent des Barbedarfes. Diese Anwendung ist von Seiten der Umschaupmannschaft an die Gemeinde ergangen. Seitdem wurde die Bürgersteuer nur in Höhe von 300 Prozent erhoben.

Sosa. Der Erzgebirgszweigverein hat an die in der Ortsmitte stehende Schule eine Erinnerungsplatte angebracht. Die Tafel läßt jeden Vorübergehenden erkennen, daß die Eiche vor 115 Jahren zur Erinnerung an die 300-Jahrfeier des Reformationsfestes von der Kirchschule gepflanzt worden ist.

Schwarzenberg. Raubüberfall auf einen Erwerbslosen. Auf der Staatsstraße an der Eisenbrücke wurde ein 29 Jahre alter Erwerbsloser von zwei unbekannten Radfahrern von hinten überfallen und seiner Geldtasche mit 32 RM. Inhalt beraubt. Die Radfahrer ergriffen auf ihren Rädern in Richtung Schwarzenberg die Flucht.

Ja, ja, die Nerven – trinken Sie Kaffee Hag



Roman von Otto Vieisch.

84] (Nachdruck verboten.)

Als der neue Morgen graut, steht der Befehl zur Mobilisierung der gesamten russischen Armee und Flotte an allen Anschlägen und vielen Haussmauern Petersburgs zu lesen.

Im deutschen Botschaftsgebäude ist Graf Bouriadé in einer etwas hoffnungsvolleren Stimmung. In der Nacht ist ein Telegramm des Reichskanzlers eingegangen. Österreich erklärte sich zur direkten Befreiung Wien-Petersburg, die Deutschland dringend gesordert, aber jenes blieb abgelehnt, nun bereit. Graf Szapary habe Auftrag aus Wien erhalten, dies an Sosnowski mitzutragen.

Graf Bouriadé ist im Begriff, das Telegramm zum Minister des Auswärtigen zu bringen, als die schlanke Gestalt des deutschen Militärrattaches im Türramen erscheint. Er meldet, daß der russische allgemeine Mobilisierungsbefehl in ganz Petersburg angebracht sei.

Es fällt wie ein Schlag auch auf das Haupt des Hörenden. Die schlimmste Kunde ist das, die gebracht werden kann. Denn diese Mobilisierung, zu diesem Zeitpunkt der eifrigsten Bemühungen des Deutschen Kaisers und der deutschen Regierung, den Bundesgenossen zum Einlenken zu bewegen, mit einem ersten sicheren Erfolg dieser Bemühungen, kann für Deutschland nur bedeuten, daß Rußland den Krieg will!

Er entwirft schnell ein Telegramm, daß die russische allgemeine Mobilisierung nach Berlin melden soll. Dann beginnt er sich zur Mitteilung der Depeche des Reichskanzlers in das Ministerium des Auswärtigen.

Noch einige Personen in hohen, verantwortlichen Stellungen steht der Minister an diesem Nachmittag. Überall muß er bemerken, daß der serbisch-österreichische Streitfall vollständig in den Hintergrund geschoben ist von dem neuen, dem Aufmarsch Europas, der sich gigantisch, atemberregend, mit weit anstoßender Gebarde anzubahnenschein.

Zur Mittwochabendstunde steht der deutsche Botschafter im Zimmer des russischen Ministers. Er hält ein neues Telegramm des Reichskanzlers in der Hand. „Ich habe im Auftrag meiner Regierung mitzutunen,“ sagt er, „daß in

Deutschland die allgemeine Mobilisierung angeordnet werden wird, falls Rußland nicht binnen zwölf Stunden jede Kriegsmahnung gegen Deutschland und Österreich-Ungarn einstellt und hierüber eine bestimmte Erklärung abgibt.“

„Das ist aus technischen Gründen unmöglich!“

Technische Unmöglichkeit darf es in einer Sache wie diese nicht geben! Ihr Kaiser braucht nur ein Wort zu sprechen und die Mobilisierung steht still.“

Seine Majestät bat ein anderes feierliches Versprechen gegeben. Seine Truppen werden, solange die Verhandlungen dauern, keinerlei schadlose Handlungen unternehmen.“

Die russischen Truppen werden sich währenddessen in Ruhe und in voller Ordnung an unseren Grenzen versammeln. Oder können Sie mir auch in dieser Beziehung irgendwelche anderslautenden Garantien geben?“

„Nein!“ sagt Sosnowski.

„So hat unsere Oberste Heeresleitung die Pflicht, nicht abzuwarten, bis Ihre Soldaten zu dem gewaltigen Übergewicht vereinigt sind, das Ihre Gesamtheit über die unsrige, die wir zudem zu teilen haben werden, besitzt. Wien hat, wie Sie wissen, eingelenkt!“

„Ich habe mit Genugtuung gehört. Wir werden also weiter verhandeln. Ein Andthalten der Mobilisierung bleibt jedoch außer Betracht!“

Der Botschafter zieht die Uhr, mit vor Erregung zitternden Händen. „Bald Mitternacht,“ sagt er. „Um zwölf Uhr mittags läuft unsere Zwölfstundensfrist ab.“

Es ist 7 Uhr abends, sieben Stunden nach Ablauf der von dem deutschen Botschafter angegebenen Frist, als dieser bei dem Minister eintritt. Sein Antlitz glüht in Spannung und Erregung. „Ist die kaiserliche Regierung bereit, auf meine gestern überreichte Note eine befriedigende Antwort zu geben?“ fragt er. „Wollen Sie Ihre Mobilisierung andhalten?“

„Nein,“ sagt der Minister. „Über Rußland weigert sich nicht, die Verhandlungen fortzusetzen.“

Die Erregung des Deutschen, der siebend spricht, steigert sich. Er zieht ein zusammengefaltetes Blatt aus der Brusttasche. „Wollen Sie Ihre Mobilisierung andhalten?“ ruft er ein zweites Mal.

„Nein.“

„Wollen Sie Ihre Mobilisierung andhalten?“

„Ich habe Ihnen keine andere Antwort zu geben.“

Mit stockender Stimme, nach Atem ringend, steht der Botschafter vor: „In diesem Falle, Herr Minister, bin ich von meiner Regierung beauftragt, Ihnen diese Note zu übergeben.“ Er entfaltet das Papier, liest mit zitterndem Ton: „Seine Majestät der Kaiser“ hebt er den Schlussatz, sich zur Festigkeit zwingend, hervor, „nimmt im Namen des Reiches die Herausforderung an und betrachtet sich im Kriegszustand mit Rußland.“

Als seine bebende Hand nun das Blatt der Kriegserklärung dem Minister hinstreckt, übermannet ihn die Erregung. Taumelnd geht er zum Fenster, das sich auf den Platz öffnet, dem Winterpalais gerade gegenüber, läßt sich an dem Gestühl von Petersburg nicht gedacht, rutscht, im Bild des Jarenhauses gegenüber, vom Schmerz bestrewn, Schlußzen in der Kehle. „So nicht!“ ruft er, „im Anblick dieses Sehens,“ sagt er zum Fenster, „die Freiheit und Deutschlands Freiheit.“ So nicht! Steht war ich ein überzeugter Fürsprecher guter Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland. Ich habe sie immer für das wichtigste Erfordernis gehalten, um den europäischen Frieden zu wahren. Deshalb stand ich hier!“

Seine Stimme versagt. Eine Regung schlägt menschlichen Gefühls ergriffen den Minister beim Anblick dieses Sehens. Die Politik ist ausgeschaltet. Er tritt zu dem Deutschen, umarmt ihn. „Glauben Sie mir, wir werden uns wiedersehen!“ sagt er herzlich.

Dann schwankt der andere hinzu. — — —

Zu später Abendstunde des nächsten Tages sitzt Wittwitz in seinem Arbeitszimmer über Telegrammen aus London und aus Paris. Sie sind nicht mehr auf dem direkten Draht über Deutschland, sondern schon über Schweden gesommen.

Die Depesche des russischen Botschafters in London meldet, daß Grey am 31. Juli eine Anfrage nach Paris und Berlin gerichtet hätte, ob man sich verpflichten wolle, die Neutralität Belgien zu achten. Paris hat sofort zustimmend geantwortet — Wittwitz erinnert sich beim Lesen dieser Sätze der flauen Rechnungsauflistung des Obersten Song — die deutsche Antwort ist ausweichend gewesen. Am nächsten Tage hat Grey als Kabinettbeschluß nach Berlin mitgeteilt, daß diese Antwort dauerlich sei. Daraus hat der deutsche Botschafter an Grey die Frage gekellt, ob er im Falle der Aktion der Neutralität Belgien durch Deutschland eine bestimmte Erklärung über die Haltung Großbritanniens abgeben könnte. Diese Frage hat der englische Minister verneint. (Fortsetzung folgt.)

Reichen. Die Ausbefferungsarbeiten der durch das Unwetter zu Anfang dieses Jahres im Flußbett der großen Mittweida verursachten Schäden werden mit den vom Staat zur Verfügung gestellten Mitteln in Angriff genommen. Im Wege der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht werden 30 Wohlfahrtsverbände vier Wochen lang beschäftigt werden. Insgesamt sind etwa 1000 Kubikmeter Erdmassen zu bewegen.

Göllberg. Aus der Gefangenanstalt entflohen. Gestern morgen gegen 10.30 Uhr ist aus dem Wege nach dem Krankenhaus in Göllberg der Strafgefange Karl Keller, Wachhälter, geb. am 18. 2. 1906 in Ostheim, in Richtung Haunetalstraße entflohen. Er wird wie folgt beschrieben: 1,63 Meter groß, schwank, dunkelblondes volles Haar, ohne Bart, banges Gesicht, graue Augen. Bei Errettung wolle man sofort die Gefangenanstalt Höheneck oder die Polizeidienststelle in Kenntnis setzen.

Klaßenbach. Kircheneinbruch. In der Nacht zum Dienstag wurde die hiesige Kirche von Einbrechern heimgesucht. Sie entwendeten zwei Reliefe, zwei Krüppel und einen Becher. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Seiper. Silberjubiläum der Feuerwehr. Die Feier des 25jährigen Bestehens beging die Freiwillige Feuerwehr. Von den damaligen Gründern ist nur noch Hauptmann Oswald Schm aktiv tätig. Anlässlich des Jubiläums wurde ihm zu dem Festkommando vom Bürgermeister Dr. Hause im Auftrage des Landesverbandes Sächsischer Feuerwehren das tragbare Ehrenzeichen dieses Verbandes ausgedändigt. Die Wehr ehrt ihn durch ihren Hauptmann Kreutel durch Überreichung einer silbernen Plakette nebst Goldener Nadel mit Silberkranz. Für über 35jährige treue Dienste im Feuerwehrwesen erhielt der derzeitige Branddirektor Richard Neukirch ein Ehrenbeil.

Annaberg. Tod eines bekannten Industriellen. Hier verstarb im Alter von 71 Jahren der Fabrikbesitzer Karl Köhler, Inhaber der unter seinem Namen gehenden Rosamentenfabrik. Köhler war ein in der überzeugungsreichen Rosamentenindustrie gut bekannter und geschätzter Unternehmer. Im Jahre 1918 war er kurzzeitig Stadtverordneter in Annaberg gewesen.

Swistau. Bürgermeisterwahl. Die Gemeindevertreter zu Venusberg wählten in ihrer letzten Sitzung Bürgermeister Vogel aus Sachsenburg unter 180 Bewerbern zum Bürgermeister von Venusberg.

Glauchau. Von der Sämaschine getötet. In Rücken ereignete sich ein tödlicher Unfall, dem der 70jährige Gutsbesitzer Heinrich Römer zum Opfer fiel. Römer wurde auf dem Felde von einem seiner Pferde beim Wendeln einer Sämaschine zu Boden geworfen. Dabei ging die Sämaschine über ihn hinweg. Er wurde auf der Stelle getötet.

Schnartanne. Der Tragödie lehrt Acht. Im Chemnitzer Krematorium fand am Mittwochnachmittag in Gegenwart einer ansehnlichen Versammlung die Trauerfeier für die Familie des Bürgermeisters Hofmann aus Schnartanne statt. Anschließend an die Worte des Geistlichen legten unter tröstlichen Worten Freunde nieder die Lehrer- und Schülervorstand von Schnartanne und Vogelsgrün, der Kirchenvorstand von Schnartanne und Vogelsgrün, die Vereinigung der berufsmäßigen Bürgermeister in Auerbach und der Militär- und Kriegerverein von Schnartanne.

Döbeln i. B. Rückkehr zu alten Straßen-namen. Der Rat der Stadt beschloß auf Antrag seiner bürgerlichen Mitglieder, die August-Sedel-Straße wieder in Wilhelmstraße, die Karl-Liebknecht-Straße wieder in Bismarckstraße, die Walter-Rathenau-Straße wieder in Georgstraße, den Karl-Marx-Platz wieder in Bismarckplatz und die Rosa-Luxemburg-Straße wieder in Albertstraße umzubenennen.

Plauen. Ein früherer Ortsrichter wegen Unterschlagung verurteilt. Von der 4. Strafkammer des Landgerichts Plauen wurde am Dienstag der ehemalige Ortsrichter und Rechtsvertreter Otto Gruber aus Plauen wegen fortgesetzter Untreue und Unterschlagung unter Unterschreitung von zwei Monaten Untersuchungshaft zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage legte ihm zur Last, als Wasserbeamter, Versteiger-

er, Bevölkerungsvermittler, Haushalter, Liquidator und Bevollmächtigter zum Nachteil seiner Auftraggeber gehandelt zu haben, und zwar soll er sich an den Vermögensbeständen, die er zu verwahren hatte, vergreissen haben. Alle Unterschlagungen bedurfte er wieder mit neuen Eingängen. Schließlich stellte sich aber doch ein recht hoher Verdacht heraus, der 40 000 RM. betrug, und es bestand keine Möglichkeit mehr, Ersatz zu schaffen. Gruber war im allgemeinen gefährlich, daß Geld veruntreut zu haben. In Höhe von 2000 RM. hat er Ersatz geleistet. Vom Gericht wurde der wirkliche Schaden auf 32 000 RM. geschätzt.

Marienberg. Die kommunale Not. In einer Versammlung der Bürgermeister des Marienberger Bezirks wurde einstimmig beschlossen, bei allen maßgebenden Stellen wegen der finanziellen Notlage der Gemeinden vorstellig zu werden. Die Bürgermeister seien nicht mehr bereit, die Verantwortung für eine Rente oder nur Teilauszahlung der Unterstützungen zu übernehmen. Die zuständigen Regierungskräfte sollten der trostlosen Lage der Gemeinden des Marienberger Bezirks endlich eingemessen gerecht werden.

Dresden. Streit. Der Dresdner Volkszeitung folge ist am Mittwoch die gesamte Belegschaft der Firma Fuchs u. Co., Kartonagenfabrik, in Dresden in Stärke von 186 Personen in den Ausstand getreten. Der Streit entstanden sein wegen beabsichtigter Verkürzung der Arbeitszeit, mit der eine Lohnsenkung von 50 Prozent erfolgen sollte.

Dresden. 800 v. H. Bürgersteuer. Der Rat der Stadt Dresden hatte sich in seiner letzten Sitzung erneut mit der Frage der Bürgersteuer zu beschäftigen, nachdem das Ministerium in Abänderung seiner früheren Verordnung entliefen hatte, daß eine Festsetzung des Prozentsatzes der Bürgersteuer über 600 v. H. nur dann stattfinden könne, wenn der Rat eine solche Festsetzung beschlossen haben würde. Mit geringer Mehrheit beschloß darauf der Rat, unter Würdigung der durch die immer noch steigenden Wohlfahrtsbedarfslasten bedingten ungeheueren finanziellen Mehrlastbelastung, einen 700prozentigen Zuschlag zur Bürgersteuer.

Gewerbekredite der Industriebank

10 Millionen RM. für Sachsen

Die im Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung vorbereitete Kreditlinie für Gewerbebetriebe durch Einschaltung der Bank für deutsche Industrieoperationen kommt nunmehr zur Durchführung. Es ist beabsichtigt, die aus dem Verlauf von 40 Mill. RM. Schadensauswirkungen hereinkommenden Mittel dringlich bereit zur Kredithergabe zu verwenden, daß je 10 Mill. RM. für den Westen, Süddeutschland und Sachsen bereitgestellt werden. Die restlichen 10 Mill. RM. sollen zu „besonderer Verwendung“ verfügbare sein, wobei man annehmen darf, daß sie vor allem dem Osthilfegebiet zustehen werden. Über den Verlauf der Schadensauswirkungen wird anscheinlich verhandelt. Aus der zweijährigen Umfrage stehen für Gewerbekredite 15 Mill. Reichsmark zur Verfügung, die nur allmählich eingehen; weitere Mittel müßten also durch Vorgriff auf die künftigen Jahre beschafft werden. Die Erhöhung der Industriebank zur Kreditaufnahme ist daher in der letzten SB. auf 50 Mill. RM. nachvollziehbare Gewerbekredite ausgehend worden.

Tagung der sächsischen Berufsschullehrer

Bad Schandau. Der Landesverein Sachsen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen hielt dieser Tage hier seine Landesvertreterversammlung ab. Als Vertreter des Ministeriums wohnte der Tagung Ministerialrat Mühlmann, als Vertreter der Stadt Bad Schandau Bürgermeister Ritter bei. Der Vorsitzende des Landesvereins, Berufsschullehrer Sachs-Dresden, begrüßte die Erschienenen und erstattete Bericht über die gegenwärtige Lage des Berufsschulwesens. Die Ausführungen des Redners gipfelten in der Forderung eines Berufsschulgesetzes. Es sprachen sodann Gemeinderat Dr. Güntzel Leipzig und Berufsschullehrer Bauer Bütton über „Aufbau und Aufgaben eines einheitlichen Berufsschulwesens“. Dr. Güntzel forderte die Errichtung weiterer Berufsbildungsmöglichkeiten, wie Berufsschulabschulen und -oberklassen. Bauer verlangte einheitlichen Aufbau des beruflichen Schulwesens und dessen organische Eingliederung in das gesamte Schulwesen. Die Versammlung sah mehrere Entschließungen, in

denen sie die Stellungnahme des Vereins zur Schulpolitik, zur Sozialpolitik und zur Junglehrerfrage darlegte.

Tagung des Landesverbandes der höheren Beamten Sachsen

Dresden. Am 21. und 22. Oktober 1932 findet, wie bereits gemeldet, nach längerer Pause die Mitgliederversammlung des Landesverbandes der höheren Beamten Sachsen in Dresden statt. Die Verhandlungen am ersten Tage sind interne Verhandlungen, insbesondere der Erörterung der Lage des Nachwuchses des höheren Beamtenstands gewidmet. Im Mittelpunkt der Feststellung, die am Sonntag 11 Uhr im großen Saale des Hygiene-Museums beginnt, wird ein Vortrag von Oberpräsident a. D. August Winnig (Potsdam) über „Die deutsche Krise“ stehen.

GDA. fordert Wochenkarten für Angestellte

Nach den Eröffnungen der Reichsobersteuerungsanstalt für Angestellte gehörten bereits im 1. Quartal 1932 66,29 vom Hundert der verfehlten Angestellten den Gehaltsklassen unter 200 RM. an. Nur das restliche Drittel entfiel auf höhere Gehaltsklassen. Nach den inzwischen erlaubten weiteren Belastungen durch die Notgeldgebung darf als wahrscheinlich angenommen werden, daß gegenwärtig mindestens 70-75 Prozent der Angestellten in ihrem Einkommen unter 200 RM. monatlich verbleiben. Sie sind also finanziell kaum günstiger gestellt als die Arbeiter. — Dabei sind die Angestellten gezwungen, für eine ganze Reihe von Ausgaben, wie Kleidung, Wohnung, Kindererziehung usw. Aufwendungen aufzubringen. Es muß danach für die Gehaltsklassen zur Arbeits- und Wohnstätte noch weniger übrig bleiben als bei den Arbeitern.

Aus diesem Grunde wiederholt der GDA in einer Eingabe an die Reichsbahnverwaltung in eindrücklicher Weise seine Forderung: Ausdehnung der Wochenkarten-Ausgabe auf die Angestellten.

Rundfunk-Programm für Freitag

Königswusterhausen (Welle 1635)

06.35 Konzert. 12.00 Wetter für die Landwirtschaft. 13.00 Zweiter Kurzoperett. 14.00 Wetter (Wiederholung). 14.00 Konzert. 15.00 Als Neunzehnjährige in Südwelt-Welt. 15.45 Merkwürdige Eigenschaften des Bodens. 16.00 Der gegenwärtige Stand der Pfeilerarmee. 16.30 Konzert. 17.00 Der Mensch in seiner Doppelnatür: Leib und Seele. 18.00 Die Familie als Rückgrat in der Gegenwartswelt. 18.30 Weltpolitische Stunde. 18.55 Wetter für die Landwirtschaft. 19.00 Neue religiöse Kraft. 19.20 Jugendisches Kontrieren in der Technik. 19.40 Zeitdipt. 20.00 50-Jahre-Feier der Deutschen Kolonialgesellschaft. Feststellung. 21.05 Konzert. 22.05 Wetter, Nachrichten, Sport. 22.30 Von Washington: Wer über man in Amerika spricht. 23.00 Bis 24: Abendunterhaltung.

Leipzig (Welle 259)

06.35 Frühkonzert. 12.00 Aus Opern deutscher Komponisten. 12.15 Schallplattenkonzert. 14.00 Kunstberichte. 15.15 Taubensuch. 16.00 Vegetationskalender. 16.30 Franz-Liszt-Stunde. 17.30 Stunde mit Büchern. 18.00 Zum 300jährigen Jubiläum der griechischen Kaiserreform am 15. Oktober. 18.30 Englisch. 18.50 Wir geben Lust und Freude. 19.00 Sollen Kinder Zeitung lesen? 19.30 Alte und neue Musik auf der spanischen Gitarre. 20.00 Feststunde zur 50-Jahre-Feier der Deutschen Kolonialgesellschaft. 21.05 Lehrer und Schüler großer Meister. 22.05 Nachrichten. 23.00 Bis 24: Unterhaltungskonzert.

Ein rechter Junge kennt sich aus!

Er will nicht nur Fußball spielen oder mal schwimmen gehen, ihn interessiert jede Sportart ebenso, auch wenn er sie vielleicht selbst nicht ausübt. Immer wieder können wir die Erfahrung machen, daß gerade von unseren jugendlichen Freunden der Sportgeist richtig verschlungen wird! Jede einzelne Phase des Komplexes wollen sie genau verstehen und darüber Bescheid wissen, wie das Resultat zu stande gekommen ist. Wieviel laufend Fragen gibt es da! Aber auch Antworten! Denn diese erzielt das „Handbuch des Sports“. Sie bekommen es für 70 Pfennig in den durch Plakate kennlich gemachten Geschäften oder von „Sanella“, Postfach 125, Berlin C 2, gegen Einladung von 70 Pf. in Briefmarken. Die schönen bunten Sanella-Sportbilder lassen sich darin einfleben. Es enthält nach unserer Kenntnis etwa 1740 Stichworte in alphabetischer Reihenfolge aus allen Gebieten des Sports, darunter 500 bis 600 biographische Notizen und viele Rechtecktabellen — auch mit Ergebnissen der Olympiade. Durch das Einfleben der Sammelbilder in die freien Rubriken über den entsprechenden Stichworten schafft sich jeder selbst ein umfassendes Sport-Kochbuchwerk. Wir sind überzeugt: alle Jungen und Mädels machen begeistert mit.



Von jetzt ab gibt es zu jedem 1/2 Pfd. Sanella eine der schönen bunten Sporthilder und zum Einkleben dieser Bilder das „Handbuch des Sports“, ein Nachschlagewerk mit ca. 1740 Stichworten. Sie bekommen es für 70 Pf. in den durch Plakate kennlich gemachten Geschäften oder von „Sanella“, Postfach 125, Berlin C 2, gegen Einsendung von 70 Pf. in Briefmarken.

Zurnen * Sport * Spiel

BVB. Kue-Belle

Kommenden Sonntag, den 15. Oktober haben sich auf dem Sportplatz an der Wiesstraße BVB. 1 — Sportfreunde Gotha 1 im Verbandsspiel gegenüber. Beide Mannschaften liefern sich stets immer einen guten Kampf. Trotz des Nachmittages muß die BVB. Bis alles davon seien, wollen sie die Punkte an sich reihen. Der Kampf, welcher sehr interessant werden wird, und vollkommen offen steht, beginnt 1/2 Uhr unter der Leitung von Schiri Bouček. BVB. Kue-Belle.

Weitere Spiele:

11 Uhr: BVB. 2 — Victoria Gütersloh 2.
12 Uhr: BVB. Knaben — Victoria Gütersloh Knaben.
1 Uhr: BVB. Jugend — (wird noch bekanntgegeben).

Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr im Vereinsheim Sitzung Kästlicher Mannschaften.

Reglerverband Kue u. Umg., e. V.

Zu der Ausschreibung unserer Verbandsmeisterschaft wird bestimmt, daß die Hauptveranstaltung das Startgeld auf 0.80 RM. belasse und die Arbeitskosten unter Vorgabeung der Stempelkarte freien Start haben. Für kommenden Sonntag sind nur noch zwei Starts und bestellt, alle anderen Meldungen können nur für den 25. Oktober abgegeben werden. Der Sportwart.

Fußball im Turngau Westerwald

Amtliche Bekanntmachung

Zu der am Sonnabend, den 15. Oktober nachm. 4 Uhr stattfindenden Verhandlung wird, um Mißverständnisse vorzubeugen, der Gesamtvorstand des Tu. Germania Bodau (also nicht etwa nur der 1. Vor.) geladen. Des weiteren: Gebr. Tuchscherer, Kurt Weiß, Füder, Lang, Rauchner, Rüdiger, Gelbel (jämlich Germania Bodau), M. Unger und M. Beck (Tu. 1869 Bodau), Goldhahn Meier, Süß (Tu. Bernbach).

Preisangeler Kilometerweise.

In England mischt man dem Angelsport weit größere Bedeutung bei als in anderen Ländern. Wahrscheinlich liegt das zum Teil an der sprachwörtlichen Gleichmütigkeit der Angelsachsen, die den Engländer für diese geruhige Beschäftigung besonders geeignet macht. Stärkerlich hielt einer der bekannten englischen Angelsportvereine sein Jahreswettangeln ab. Die Veranstaltung war die größte, die auf diesem Gebiete jemals stattfand. Nicht weniger als 4000 Wettkämpfer hatten sich eingefunden, die drei Stunden lang wortlos im strömenden Regen am Ufer des Severn saßen und ruhig nach dem Angel sahen. Da ein gewisser Zwischenraum zwischen den einzelnen Anglern gewahrt werden muß, so säumten diese 4000 Wettkämpfer den Fluß in einer Säule von mehr als 75 Kilometern. Die Ergebnisse des Wettkampfs entsprachen freilich nicht dem gigantischen Aufgebot. Zum ganzen wurden nämlich nur vierzig Fische gefangen, und selbst diese blieben weit unter dem üblichen Durchschnitt.

forderung der Turnlehrer

an den höheren Schulen

Endlich der Tagung des Schülischen Turnlehrervereins in Magdeburg berieten auch die Turnlehrer der höheren Schulen über ihre Wünsche und Forderungen im Schulunterricht. Die stark besuchten Versammlungen bewiesen, daß trotz aller wirtschaftlichen Not das ideale Interesse an der Körpererziehung nicht erlahmt ist. Allgemein wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß in einer Zeit, in der sogar vom Reich aus die Erziehung der Jugend besonders betont und unter geldlichen Opfern neue Arbeit geschaffen wird, die folgenden Wünsche und Forderungen der Turnlehrer an den höheren Schulen beim nächsten Volkssbildungskomitee wohlwollende Aufnahme und Erfüllung finden möchten:

1. Das Pflichtspiel für die oberen Klassen ist wieder einzuführen, die Wettbewerbe sind in der vorgeschriebenen Zahl und Weise durchzuführen; denn diese beiden Übungen ermöglichen in besonderem Maße den vom Reiche neuordnungs befohlenen Gedankensport.

2. In allen Schulen ist wieder Gelegenheit zum Kärtturnen bzw. Förderturnen zu geben.

3. Für das Pflichtschwimmen der 4. Klassen, das bisher erst an 2/3 der höheren Schulen Sachsen durchgeführt wird, sind die vorhandenen Gelegenheiten überall auszunützen und fehlende zu schaffen.

4. Würden durch die vorstehenden Maßnahmen die Übungen an den höheren Schulen wieder auf den früheren Stand zurückgebracht, so wäre einem Teil der Junglehrer Arbeit und Stellung verschafft. Starke Bedenken bestehen aus Gründen der Haftpflicht gegen die Beschäftigung zahlreicher Lehrer ohne fachliche Vorbildung im Turnunterricht.

5. Die Turnlehrerschaft hofft, daß die Turnlehrerprüfung nach jahrelanger Erprobung und günstiger Beurteilung endlich an allen sächsischen höheren Schulen verbindlich eingeführt wird nach dem Muster der vielen anderen deutschen Länder, besonders Preußens.



Im 100 Kilometer-Tempo entgleist

Blick auf die Trümmer des D-Zug-Wagens, der sich in den Wartesaal des Bahnhofs von Ville Patour einbohrte. Der Schnellzug Paris—Basel entgleiste mitten im Bahnhof von Ville Patour mit einer Geschwindigkeit von 100 Stundenkilometern. Zwei Gedäcktwagen stürzten um, der nachfolgende Personenwagen fuhr in den Wartesaal des Bahnhofs hinein. Glücklicherweise wurden trotz der Gefährlichkeit der Katastrophe nur 16 Personen leicht verletzt, die übrigen Passagiere, darunter die Königin-Witwe von Portugal, blieben unverletzt.

Die Telegraphenmasten des Postrats Pistor. Telegrafengramme, die kein Geheimnis blieben. — Der Obertelegraphist mit den kalten Füßen.

Von Paul Breidenbach.

Wenn heute der Telegraphist seine Hände unter den Schnellzeichner streckt und ein Telegramm nach dem anderen herunterrattert, so hat er wohl keine Ahnung davon, wie sehr ihn sein erster Vorgänger aus dem Jahre 1852 um seine warmen Füße bemüht würde, lebte der gute Mann noch.

Das sind nämlich jetzt im Herbst gerade hundert Jahre her, seitdem die erste Telegraphenlinie in Deutschland eröffnet wurde. Lebte da ein Postrat Pistor, der schon manche kluge Erfindung gemacht und sich um mehr beklommen hatte als um den engen Kreis seiner eigentlichen Tätigkeit. Dem wollte es nicht recht einleuchten, warum man wichtiges Staatsgeschäft mit Staffettentreitern von Berlin ins Land hinaus trachte, wo doch schon vierzig Jahre vorher die Brüder Chappe ein Winkelsystem ausgedacht hatten, mit dem Nachrichten durch die Luft weitergegeben konnten.

Also legte sich der gute Postrat eines Tages vor sein Volt und forderte eine lange Eingabe an die Königliche Generalpostdirektion in Berlin: Man sollte protischen der Hauptstadt und irgend einem wichtigen Ort, vielleicht Magdeburg oder Köln, eine Reihe hochragender Mäste mit Plattformen für ein paar Mann errichten. Da oben könnten dann immer zwei Leute stehen, nach dem nächsten Mast laufen und mit großen Signalarmen die hochwichtigen Botschaften weitergeben, die Berlin auszuführen für richtig hielten. Man wäre ja in der Lage, die Zeit für die Übermittlung auf einen Bruchteil der bisher benötigten herabzudrücken.

Zwei Jahre lang lag diese Eingabe in der Generalpostdirektion bei den Akten. Vielleicht wollte man dem guten Pistor zeigen, daß man es an höherer Stelle doch nicht so eilig habe, wie der Überzeugte es sich dachte. Vielleicht kam auch die Revolution von 1848 dazwischen. Auf jeden Fall dauerte es bis zum Sommer 1852, bis der Vorübung geprüft wurde. Dann aber hatten es die hohen Herren plötzlich sehr eilig, denn schon drei Tage nach der Unterzeichnung der entsprechenden Kabinettserklärung wurde auf dem Dach der Berliner Sternwarte der erste Signalmast errichtet. Damals gab man sich auf dem Weg von der Hauptstadt nach Magdeburg nach Strichzahlen und anderen hohen Gedanken obwohl Hügel um, die einen Mast tragen konnten.

So wurden zwischen den beiden Städten vierzehn Stationen errichtet. Neben die Plattform für die Bedienungsmannschaft ragte noch ein Holzmaß auf, der Signalarme mit drei Wintern trug. Sie wurden von einem Unterleitetelegraphen in Bewegung gesetzt, um die vom vorhergehenden Mast durch den Oberleitetelegraphen abgelesene Botschaft weiter zu geben. Der Betrieb konnte schon im Herbst aufgenommen werden. Es ging freilich nicht alles so leicht, wie der Postrat Pistor sich das vorgestellt hatte, aber man sparte doch recht viel Zeit. Freilich mußten bald bedenklische Mängel festgestellt werden: Das Zeichenempfangen und -Geben war bei Regen und Nebel ein schwieriges Unterfangen, und begreiflicherweise unterließen da rechte oft ergötzliche Fehler. Außerdem schien es bald so, als habe die Postverwaltung manchen interessierten Wissenser. Denn wenn auch für die Nachrichten ein Geheimtschlüssel ausgebaut wurde, so muß er doch nicht allzu schwierig zu entziffern gewesen sein. Mancher Unbefugte kam in den Besitz der Botschaften, die nicht für ihn bestimmt waren.

Das Telegraphieren selbst war für die ausübenden Orte alles andere als angenehm. Man kannte damals selbst bei Wind und Wetter noch keinen Lichtstundentag, und die Telegraphisten litten unter Eisbeinen. Der Posten war deshalb auch nicht stark begehrt. Dagegen interessierte sich der Berliner Kaufmannschaft bald für den Telegraphen, der ihnen für den Verkehr mit dem Rheinland — die Linie von Köln und später bis Trier erweitert worden — wesentliche Vorteile versprach. Sie bat um die Erlaubnis, den Telegraphen mitbenutzen zu können, erhielt aber einen abschlägigen Bescheid, weil der Staat die Linie allein benutzen wollte.

Es dauerte dann auch noch siebzehn Jahre, bevor in Preußen das erste Privattelegramm ausgegeben wurde. Dieses Mal aber bemühte man die kurz vorher fertiggestellte erste Telegraphenverbindung nach dem Morseischen System. Der Winkeltelegraph war ingwischen schon eines seligen Todes gestorben.

Insizieren bringt Gewinn!

Junggesellen lernen kochen



Eine Männer-Rochkasse beim Unterricht
In London sind neuerdings Haushaltungs-kurse für Männer eröffnet worden. Chemänner, deren Frauen berufstätig sind, und vor allem Junggesellen, lernen hier kochen, braten und Backen sowie auch jede sonstige Küchenarbeit.

Ein neuer Fridericus-Film mit einem neuen Fridericus



Rechts: Friedrich der Große, den diesmal nicht Otto Gebühr sondern Theodor Loos spielt und in der Mitte der Bleibenant Trend (Hans Stilke) in dem neuen Trend-Film, der nach dem bekannten gleichnamigen Roman von Bruno Frank gedreht wurde. Es handelt sich um die Geschichte jenes unglaublichen Friedrich von der Trend, der wegen Liebes-Intriquen mit der Prinzessin Anna Amalia, der Schwester Friedrichs des Großen, von dem Preußenkönig in Glatz und später in Magdeburg in schwerer Haft gehalten wurde.